

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 02.09.2010**

öffentlich

Ort: Stadtmuseum
Christian Wolff Haus
Große Märkerstraße 10
Sitzungsraum
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider
Frau Heike Wießner
Frau Ute Haupt
Herr René Trömel ab 16.20 Uhr anwesend
Frau Hanna Haupt
Herr Klaus Hopfgarten
Herr Klaus Adam i.V. von Frau Raab
Frau Sabine Wolff
Frau Dr. Inés Brock
Herr Torsten Bognitz
Herr Leonhard Dölle
Frau Beate Gellert
Frau Antje Klotsch
Herr Uwe Kramer
Frau Renate Leonhard
Herr Philipp Pieloth bis 18.00 Uhr anwesend
Frau Peggy Rarrasch
Frau Katharina Brederlow
Herr Tobias Kogge
Frau Petra Schneutzer
Frau Carola Messerschmidt
Frau Anja Pohl
Frau Ilona Hackel bis 18.00 Uhr anwesend

Entschuldigt fehlen:

Frau Helga Schubert entschuldigt, auch Vertreterin entschuldigt
Frau Katja Raab Vertreter Herr Adam anwesend
Frau Carmen Wiebach entschuldigt
Herr EKHK Ralf Berger entschuldigt
Frau Sabine Franz Vertreter Herr Friedrich anwesend
Herr Richter Bruno Glomski entschuldigt
Herr Max Privorozki
Frau Susanne Wildner entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 05. August 2010
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Vorstellung des Vereins Shorai Do Kempo e.V.
- 6. Beschlussvorlagen
- 6.1. 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09025
- 6.2. Namensgebung für Neubau KT Reggio, Böllberger Weg
Vorlage: V/2010/09024
- 6.3. Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit durch finanzielle Unterstützung der Freien Träger der Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2010 - Projektförderung - 1. Nachtrag
Vorlage: V/2010/09036
- 6.4. Fortschreibung der Jugendhilfeplanung: Teilplanung §§ 11,13,14,16 SGB VIII
Vorlage: V/2010/09038
Zurück gezogen von Verwaltung
- 6.5. Bestellung eines stellvertretenden Protokollführers für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale) am 07. Oktober 2010
Vorlage: V/2010/09098
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bestellung einer/s Kinderbeauftragten
Vorlage: V/2010/08805
- 8. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 9. Themenspeicher
- 10. Mitteilungen
- 11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 12. Anregungen

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Da zur Kinder- und Jugendsprechstunde keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, eröffnete **Frau Hanna Haupt** gleich die Sitzung.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt sprach an, dass die Verwaltung den TOP 6.4 zurück zieht.

Diese Beschlussvorlage wurde noch nicht mit allen Fraktionen besprochen, deswegen verschiebt sich dies auf den JHA am 07.10.2010.

Sie fragte an, ob es zur TO weitere Änderungen gibt. Da dies nicht der Fall war, wurde die TO mit Streichung des TOP 6.4. bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 05. August 2010

Da es keine Änderungen gab, wurde die Niederschrift vom 05.08.2010 bestätigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass es in der letzten Sitzung keine nichtöffentlichen Beschlüsse gab, demzufolge muss nichts bekannt gegeben werden.

zu 5 Vorstellung des Vereins Shorai Do Kempo e.V.

Vom Verein stellten sich drei Vertreter vor: Herr Fiebeler, Herr Dexbach und Frau Dexbach als pädagogische Leiterin.

Anhand einer Präsentation wurde der Verein mit seinen Aufgaben und Zielen vorgestellt.

Der Verein hatte sich am 28.06.1990 gegründet, dessen Standorte sind das Daigahu Dojo in der Böckstraße und der Zen-Garten am Niedersachsenplatz im Stadtteil Neustadt.

Über 80% der Mitglieder des Vereins sind Kinder und Jugendliche unter 26 Jahren.

Bei der Vorstellung der Projektarbeit wurde u.a. auch auf die Arbeit mit straffälligen Jugendlichen eingegangen. Es erfolgte der Hinweis, dass mit den unterschiedlichsten Bevölkerungsschichten zusammen gearbeitet wird. U.a. auch mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Frau Hanna Haupt dankte den Vertretern des Vereins für die Vorstellung und gab Gelegenheit für Nachfragen.

Herr Dölle fragte an wie hoch der Mitgliedsbeitrag, insbesondere auch für Kinder und Jugendliche, im Verein ist.

Herr Dexbach antwortete, dass dieser Monatsbeitrag bei 21€ liegt. Hier reagiert der Verein aber auch flexibel entsprechend des Budgets des Kindes/Jugendlichen, wenn absolute Probleme in Einzelfällen vorliegen, aber die Bereitschaft/Engagement des Jugendlichen für die Mitwirkung im Verein groß ist.

Herr Dölle fragte an, wie die pädagogische Betreuung erfolgt, da Frau Dexbach sich als pädagogische Leiterin vorgestellt hat.

Frau Dexbach antwortete, dass bei der Projekterarbeitung sie sich das Konzept ansieht und Hinweise gibt.

Herr Dölle fragte nach, was sie außer dem „Draufschaun auf Konzepte“ sonst noch macht.

Frau Dexbach antwortete, dass sie seit vielen Jahren als Lehrerin an einer Sonderschule arbeitet.

Herr Dölle fragte an, welchen Hintergrund der Antrag auf Anerkennung für den Verein hat.

Herr Dexbach antwortete, dass sich der Verein hiermit die Anerkennung und Würdigung der Arbeit des Vereins erhofft und damit auch ein Anreiz für die Kinder und Jugendlichen gegeben ist.

Frau Gellert sprach an, dass der Verein auch bei dem Parkfest im Süden am 04.09.2010 sich mit vorstellt. Zu diesem Fest lädt sie interessierte Mitglieder ein.

Da es keine weiteren Anfragen gab, dankte **Frau Hanna Haupt** dem Verein und erwähnte, dass die Anerkennung dann im nichtöffentlichen Teil Thema sein wird.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

zu 6.1 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2010/09025

Frau Brederlow sprach an, dass festgestellt wurde, dass in der bisherigen Gebührensatzung im § 5 Abs. 3 zwingend ein Zusatz hinsichtlich Leistungsanspruch über die ARGE aufgenommen werden muss im Fall gewährter Kinderbetreuungskosten. Dies ist nun korrigiert worden.

Frau Hanna Haupt fragte an, ob es Nachfragen hierzu gibt.
Die gab es nicht.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale).

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig** zu.

zu 6.2 Namensgebung für Neubau KT Reggio, Böllberger Weg Vorlage: V/2010/09024

Frau Hanna Haupt sprach an, dass zu der vorliegenden Namensgebung der Ausschuss des Eigenbetriebes KITA einstimmig abgestimmt hat. Sie fragte an, ob es Nachfragen hierzu gibt. Die gab es nicht.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Namensgebung für den Neubau KT Reggio, Böllberger Weg des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

Die Kindertagesstätte soll den Namen Kita WELT-ENTDECKER tragen.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig zu**.

zu 6.3 Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit durch finanzielle Unterstützung der Freien Träger der Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2010 - Projektförderung - 1. Nachtrag Vorlage: V/2010/09036

Frau Hanna Haupt sprach an, dass durch die Verwaltung heute eine Seite mit Informationen zum „GIMMI“ ausgelegt worden ist. Sie würde eine Lesepause von 5 min machen, damit jedes Mitglied diese Informationen zur Kenntnis nehmen kann und dann mit der Behandlung der Vorlage beginnen.

Nach der Lesepause fragte **Frau Hanna Haupt** an, welche Anfragen es gibt.

Frau Wolff sprach an, dass diese Informationen nicht die Fragen aus der letzten Sitzung hierzu beantworten. Es wird nicht auf das Bundesprogramm eingegangen. Wie sicher ist es, dass die erwarteten Mittel zur Rückforderung aus UVG tatsächlich zur Verfügung stehen. Wer ist Träger des „GIMMI“. Wem kommt die Förderung zugute, der Jugend oder dem SPI.

Herr Dölle sprach an, dass nichts Näheres zu dem erwähnten Bundesprojekt jetzt vorliegt. Heute soll eine Entscheidung über eine relativ große Summe fallen, für welchen Zeitraum sind diese Mittel gedacht, wie ist die Finanzierung dazu gedacht.

Frau Brederlow antwortete, dass es sich um den Zeitraum bis Dezember 2010 handelt. Die Cofinanzierung für 2011 wäre dann in der Gesamtfinanzierung für SPI mit aufzunehmen. Da muss dann auch über die Inhalte und Projektweiterführung gesprochen werden. Das Projekt richtet sich an Migranten in Neustadt und unterteilt sich in zwei Bereiche.

Der erstere Bereich beinhaltet das Ziel, dass diese einen Schulabschluss erreichen, der zweite Bereich beinhaltet die Fortbildung der Sozialpädagogen. Es wurden Absprachen mit dem SPI getroffen. Die Einrichtung wurde NICHT an das SPI übertragen. Wenn die Einrichtung mit den Aufgaben dort weitergeführt wird, ist abgesprochen, dass SPI auch eine ½ oder ¾ Personalstelle für diese Arbeit auszuweisen hat, damit ein Ansprechpartner für die jungen Familien da ist. Alternativ käme nur noch die Selbstverwaltung der Einrichtung sonst in Betracht, das wäre in der Koordinierung sehr schwierig.

Frau Schöps ergänzte zur Finanzierung aus Rückforderungsmitteln UVG, dass hier 150.000 € zur Verfügung stehen. Für die Rückforderung zum Unterhaltsvorschuss erhalten wir vom Land prozentual einen Anteil, welchen wir für spezielle Projektförderung verwenden.

Herr Schachtschneider fragte an, wie es sich bei einer Cofinanzierung mit der benötigten Personalstelle verhält.

Herr Kramer sprach an, dass er dachte, dass heute eine eindeutiger Beschlussvorlage vorgelegt wird. Es ist immer noch zu diffus. 20.000 € sollen aus Familienförderungsgesetz kommen. Es wurde keine Projektbeschreibung durch die Verwaltung vorgelegt.

Frau Brederlow antwortete, dass dieses Projekt, das dort begonnen werden soll in der Antragstellung mit Sicht auf Beginn September 2010 steht. Dies ist für den Stadtteil Neustadt vorgesehen. Die städtische Mitarbeiterin steht seit dem 01.07.2010 nicht mehr zur Verfügung. Diese ist jetzt im Pflichtaufgabenbereich des Kinderschutzgesetzes eingesetzt. SPI hat seitdem einen Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Deswegen soll diese Summe aus dem FamFöG zur Verfügung gestellt werden. Das Eine ist das Projekt, das Andere ist der GIMMI mit seinen Aufgaben.

Frau Wolff sprach an, dass 150.000 € Mittel aus FamFöG zur Verfügung stehen. 20.000 € sollen an das Projekt gehen, dabei ist der Projektbeginn noch nicht mal ganz klar. Im Rahmen der Haushaltssperre sollen die freiwilligen Leistungen gar nicht bezahlt werden. Dies war zumindest im SGA das Thema, ist das im Jugendhilfebereich anders.

Herr Kogge antwortete, dass es hier um Familienbildung aus der Familienförderung geht. Es handelt sich hierbei um Landesmittel, welche an die Kommune ausgereicht werden. Das ist der Unterschied zum sozialen Bereich.

Anfrage durch Frau Wolff, worunter die Restsumme zu finden ist.

Frau Brederlow antwortete, dass im letzten JHA eine Vorlage war, wozu durch Frau Klotsch der Hinweis kam, dass dies unter Verwaltungshandeln fällt und nur als Information zur Kenntnis gegeben werden muss.

Frau Gellert fragte an, ob dann städtische Räume leer stehen, wenn es keine Personalstelle hierfür gibt.

Frau Brederlow antwortete, dass sie das nicht gesagt hat. Möglicherweise gibt es die Chance, dass ab 2011 eine ½ oder ¾ Personalstelle aus dem Fachkräfteprogramm zur Verfügung gestellt werden kann. Wenn nicht läuft es sich möglicherweise tot.

Herr Kogge sprach an, dass SPI der Mieter des Hauses ist. ZGM ist der Vermieter und die Stadt besitzt dieses Haus. Es gibt eine Zweckgebundenheit der Räume. Der Mieter stellt die Räume zur Verfügung und das ist SPI.

Herr Kramer sprach an, dass innovative Projekte wichtig sind. Was passiert 2011 in der Cofinanzierung, wenn SPI die Projektförderung erhält.

Frau Brederlow antwortete, dass SPI als Träger von der Stadt finanziert wird. Es laufen gerade Verhandlungen. In der Gesamtfinanzierung wäre eine ½ Personalstelle möglich. Dies würde nicht extra in den JHA kommen.

Herr Kramer fragte nach, was mit der Cofinanzierung passiert, wenn diese nicht kommt. Mit diesem Beschluss besteht auch eine moralische Verpflichtung gegenüber dem Träger.

Frau Brederlow antwortete, dass eine Cofinanzierung immer jährlich erfolgt, es gibt für keinen Träger eine Garantie auf Weiterführung ihrer Projekte.

Frau Brock sprach an, dass die Informationen mangelhaft sind und keine Projektbeschreibung vorliegt.

Frau Wolff fragte nach wie viele junge Familien und wie viele Migranten dorthin kommen. Die Frage ist, was ist bisher dort passiert?

Herr Kogge sprach an, dass immer mal wieder ein Träger erzählt, dass momentan bei ihm weniger passiert und dies auch von verschiedenen Dingen abhängig ist. Hier ist die Frage, was haben wir gewollt. Wir haben eine Personal- und eine Raumsituation. Es geht um Familienzentrum und Familienbildung. Es ist der Versuch, hier zwei Probleme zu lösen. Es steht die Frage § 11 oder § 14 – es wurde eine Entscheidung zur Personalstelle getroffen.

Herr Kramer sprach an, dass die Jugendhilfeplanung verschoben wird, wir also in der Diskussion dazu noch sind. Jetzt hier Projektentscheidung erforderlich und das ohne Projektbeschreibung. Erst sollte die Jugendhilfeplanung mit Fortschreibung stehen und dann sollten Projekte angesehen werden. Wir diskutieren hier um drei Jahre, nicht explizit um Geld. Wir müssen sehen, wie es in den nächsten Jahren aussieht. Es geht um die Einordnung.

Frau Schneutzer sprach an, dass es 6 Projekte für Migranten in der Stadt gibt. Sie hat sich mit dem Inhalt dieses Projektes beschäftigt und kann versichern, dass es keine Doppelung gibt.

Da es keine weiteren Bemerkungen gab, rief **Frau Hanna Haupt** zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zur Förderung des Projektes im Förderbereich „Innovative Projekte“ aus Mitteln des Familienförderungsgesetzes gemäß § 8 Abs. 2 der Satzung des Jugendamtes zu.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss stimmte wie folgt zu:

7 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Damit wurde **mehrheitlich zugestimmt**.

zu 6.4 Fortschreibung der Jugendhilfeplanung: Teilplanung §§ 11,13,14,16 SGB VIII Vorlage: V/2010/09038

Diese Beschlussvorlage wurde bereits zu Sitzungsbeginn von der Verwaltung zurück gezogen und von der Tagesordnung genommen.

zu 6.5 Bestellung eines stellvertretenden Protokollführers für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale) am 07. Oktober 2010

Vorlage: V/2010/09098

Frau Hanna Haupt sprach an, dass es hier um eine Formalie geht.

Hintergrund ist, dass Frau Kaupke eine Kur und die Vertreterin ihren Jahresurlaub antritt.

Deshalb ist es erforderlich, dass Herr Zwakhoven die Protokollführung in der Sitzung am 07. Oktober 2010 übernehmen soll.

Da es keine Anfragen gab, rief **Frau Hanna Haupt** zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Im Einvernehmen mit dem Jugendhilfeausschuss der Stadt Halle (Saale) bestellt die Oberbürgermeisterin Herrn Jan Zwakhoven als stellvertretenden Protokollführer für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07. Oktober 2010.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss hat **einstimmig zugestimmt**.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bestellung einer/s Kinderbeauftragten

Vorlage: V/2010/08805

Frau Hanna Haupt sprach an, dass heute der durch die Fraktion geänderte Antrag einschließlich der Stellungnahme der Verwaltung allen Mitgliedern ausliegt. Sie gab hierzu eine Lesepause und danach der antragstellenden Fraktion das Wort.

Frau Brock sprach an, dass sich in der Stellungnahme der Verwaltung nichts geändert hat. Sie widerspricht der Einschätzung der Verwaltung, dass eine Kinderbeauftragte nicht notwendig ist. Es gibt 80 Kinderbeauftragte in anderen Kommunen. Es scheint eine politische Entscheidung zu sein, dass eine solche Person nicht gewollt ist oder man glaubt, dass alles schon toll läuft.

Die Familienverträglichkeitsprüfung ist auf die Dezernate aufgesplittet. Dies wird von der Fraktion als nicht geeignete Variante empfunden. Es sollte eine Person geben, die sich damit beschäftigt.

Insbesondere bei Bauvorlagen entsteht der Eindruck, dass man dies nicht ausreichend hier prüft.

Öffentlichkeitsarbeit sollte aufgewertet werden. Es gab vor Jahren schon eine Kinderbeauftragte, anschließend ein Kinderbüro und mittlerweile keins von Beidem mehr. Auch wenn es eine Fachkraft für Partizipation gibt, ist dies nicht mit einer Kinderbeauftragten gleich zu setzen.

Mittlerweile gibt es auch eine Seniorenbeauftragte, warum ist dann eine Kinderbeauftragte nicht möglich.

Frau Brederlow sprach an, dass die Senioren keinen eigenen Ausschuss sondern einen Seniorenrat haben. Das Jugendamt ist zweigeteilt und besteht aus der Verwaltung und dem Jugendhilfeausschuss. Was den Hinweis von Frau Brock zu Bauangelegenheiten angeht, hier muss tatsächlich in der Vorbereitung noch mehr passieren. Das ist ein klarer Auftrag an das Jugendamt, das besser zu machen. Die im Antrag benannten Aufgaben wurden damals aus den Erfahrungen der Kinderbeauftragten an das Kinderbüro weiter gegeben. Mittlerweile gibt es außer der Fachkraft für Partizipation einen Kinder- und Jugendrat, welcher sehr aktiv und engagiert in der Stadt tätig ist und auch die Verwaltung fordert. Auch die Unterstützung der Träger ist hier sehr hoch. Die im Antrag benannten Aufgaben können nicht allein von einer Person geleistet werden sondern werden durch das Jugendamt wahrgenommen. Diese Mitarbeiter mit speziellem Arbeitsauftrag sind alle der Amtsleitung unterstellt und somit sind kurze Wege gegeben.

Herr Schachtschneider sprach an, dass die benannten Aufgaben nicht mit einer Personalstelle abgedeckt werden können.

Frau Ute Haupt schlug als Kompromissvorschlag zu dem vorliegenden Antrag vor, die Partizipationsbeauftragte umzubenennen, welche dann bestimmte Aufgaben verteilt. Diese Stelle sollte auf jeden Fall an bestehende Strukturen angegliedert werden.

Herr Hopfgarten sprach an, dass das Anliegen des Antrages nachvollziehbar ist. Die Aufgaben werden aber schon erledigt, das bedarf nicht nochmal einer gesamten Person extra. Die Vorlagen werden hinsichtlich der Familienverträglichkeitsprüfung in der Stadt angesehen. Der Antrag findet aus den genannten Gründen keine Zustimmung durch ihn.

Frau Hanna Haupt bat den Vertreter des Kinder- und Jugendrates (KJR) um Wortmeldung zu der Angelegenheit. Sie erlebt den KJR in einer sehr aktiven Rolle in der Stadt. Da es keine Erhöhung von Personalstellen geben soll, kann also nur in dem Bereich des Jugendamtes geschaut werden. Der Begriff „Kinderbeauftragte“ wird nur auf die Kinder begrenzt. Das endet mit dem 14. Lebensjahr. Das findet sie schwierig.

Philipp Pieloth (Vertreter KJR) sprach an, dass der Kinder- und Jugendrat sehr viel Unterstützung durch Frau Eggert-Mauer erhält. Bei Anfragen von ihnen kümmert sich diese und benennt ihnen Ansprechpartner und unterstützt sie in jeder Form, die ihr möglich ist. In allen 5 Sozialräumen der Stadt gibt es mittlerweile eine Ideenkonferenz, auch dort erfahren sie eine große Unterstützung. Jetzt sind daraus drei Projekte entstanden, obwohl erst nur von zwei Projekten die Rede war. Die Ideen der Kinder und Jugendlichen werden auf- und ernstgenommen. In der Silberhöhe ist ein sehr aktiver KJR, welcher sich erst neu gegründet hat. Dieser ist mit Sitz im „Blauen Elefanten“, also beim DKSB. Was ist unter Punkt 5 in der Begründung zum Antrag zu verstehen.

Der KJR ist offen für alles, wo sie mitwirken können. Ein Parlament wäre ein gewähltes Gremium, welches nicht mehr die breite Schicht anspricht. Dort wären sicher nur Vertreter aus den Gymnasien, wodurch sich Kinder und Jugendliche aus allen Schichten nicht vertreten fühlen würden. In der Form, wie es jetzt läuft, läuft es optimal.

Frau Gellert sprach an, dass ihr die Zeiten der damaligen Kinderbeauftragten noch gegenwärtig sind. Sie unterstützt das Anliegen. Kinder sollten jemanden für sich haben, der sich um ihre Belange kümmert und sich dafür einsetzt. Eine Kinderbeauftragte hat einen öffentlich transparenten Charakter mit entsprechender Außenwirkung, was sehr wichtig ist. Es gibt viele Beauftragte in der Stadt, warum jetzt nicht auch wieder eine Kinderbeauftragte. Hier sollten die Kinder und Jugendlichen gefragt werden, was gewollt ist. Frau Eggert-Mauer ist sehr engagiert, aber eine Kinderbeauftragte hat eine andere Lobby.

Frau Wolff sprach an, dass sie beim zuerst eingereichten Antrag der Fraktion anfangs auch nicht dafür war. Jetzt liegt ein überarbeiteter Antrag vor, bei welchem sie dies anders sieht. Die Aussagen des Vertreters des Kinder- und Jugendrates fand sie sehr gut. Da dieser bestätigt, wie gut die Arbeit mit der benannten Person läuft, sollte genau diese Person als Kinderbeauftragte umbenannt werden. Sie plädiert dafür. Was die Prüfung von Beschlussvorlagen angeht, verweist sie auf Vorlagen aus dem Bildungsbereich, welche ihrer Meinung nach nicht richtig auf die Familienverträglichkeit geprüft werden. Bspw. Bei Schulwegen, da klingt das sehr positiv, was es nicht sein kann. Sie ist für den Antrag, aber ohne finanzielle Zusatzkosten für die Stadt.

Frau Brock sprach an, dass die Fraktion davon ausging, dass diese Personalstelle verwaltungsintern ausgeschrieben wird oder eben eine Umbenennung einer geeigneten Person erfolgen kann, die hier schon sehr engagiert tätig ist. Zur Nachfrage des KJR zum Jugendparlament ist man davon ausgegangen, dass hier zu bestimmten Themen einberufen werden soll. Wenn dies möglicherweise bereits durch diese benannten Ideenkonferenzen erfolgt ist das so auch in Ordnung.

Frau Brederlow sprach an, dass die Frage der internen Stellenausschreibung bedeutet, dass eine Stelle dafür da ist. Das ist es aber nicht. Wo soll diese Person angebunden sein.

Frau Brock hält für vorstellbar, dass diese Person dem Jugendamt angegliedert sein könnte.

Herr Kogge sprach an, dass die Beauftragten bei ihm angegliedert sind, das heißt, die Person würde im Ratshof sitzen. Damit wäre der Schritt getan, den Bereich aus dem Jugendamt raus zu nehmen. Inhaltlich hoheitliche Aufgaben sollten nicht an Dritte übertragen werden, eine Kinderbeauftragte ist nicht notwendig, da die Aufgaben bereits durch Personen im Jugendamt erledigt werden. Anders als im Seniorenbereich haben wir hier eine originäre Stelle.

Frau Hanna Haupt unterbreitete den Kompromissvorschlag, die Partizipationsbeauftragte im Jugendamt als Kinder- und Jugendbeauftragte mit Anbindung im Jugendamt umzubenennen.

Frau Brock erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Der Beschlussvorschlag wurde im Einverständnis mit Frau Brock (antragstellende Fraktion) wie folgt geändert:

Beschluss

Die Stadt Halle bestellt eine/n hauptamtlich tätige/n Kinder- und Jugendbeauftragte/n, welche/r dem Amt für Kinder, Jugend und Familie zugeordnet ist.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung des geänderten Beschlussvorschlages auf.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss stimmte dem **geänderten Beschluss einstimmig zu.**

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine vor.

zu 9 Themenspeicher

Frau Brederlow sprach an, dass der aktualisierte Themenspeicher den Mitgliedern ausgelegt wurde. Hier hat sich einiges verändert. Zur KITA-Finanzierungsrichtlinie teilt sie unter Mitteilungen Etwas mit. Die Stellenbesetzung Jugendamt wird im Zusammenhang mit dem Haushalt diskutiert. Die Geschäftsordnung der Sozialraumplanungsgruppen wurde für Oktober aufgenommen.

zu 10 Mitteilungen

Frau Brederlow teilte mit, dass zum „Tag der Armut“ am 13.10.2010 von 15.00 – 18.00 Uhr eine Podiumsdiskussion im Stadthaus stattfindet. Dies wird vom Arbeitskreis Armut in Verbindung mit dem Dezernat IV vorbereitet. Dieses Thema bleibt also weiterhin aktuell.

Frau Brederlow teilte mit, dass ursprünglich angedacht war, die Beschlussvorlage zur KITA-Finanzierungsrichtlinie jetzt im JHA einzubringen. Grundzüge dieser KITA-Richtlinie wurden in der Arbeitsgruppe KITA vorgestellt. Es gab viele Fragen. Die Verwaltung will einen alternativen Weg dazu jetzt beschreiten. Die Satzung soll nicht auf Biegen und Brechen eingebracht werden. Die Verwaltung stellt sich vor, mit den Trägern Gespräche zu führen und eine Vereinbarung abzuschließen. Dies soll als „Probephase“ eingeführt werden, auch hinsichtlich der Zahlungsmodalitäten. Die Verwaltung will sehen, welche Veränderungen erforderlich sind und welche nicht. Damit soll auch eine größere Sicherheit für Alle erreicht werden.

Frau Brederlow informierte zu der Presse hinsichtlich Problematik Aufnahme in Förderschule.

Es gibt einen Rechtsanspruch. Der Träger, um welchen es hierbei ging, prüft diesen Einzelfall nochmal genau. Es handelt sich hier um ein Kind mit Sprachschwierigkeiten.

Träger und Einrichtungen haben schon signalisiert, dass es schwierig ist, Kinder mit Schwierigkeiten in „normalen Horten“ mit dem Betreuungsschlüssel von 25 Kindern zu integrieren. Hier wird nach

Lösungen gesucht, dazu müssen Gespräche mit dem Sozial- und Kultusministerium laufen, es muss Vereinfachungen durch das Land hierzu geben. Probleme können im nächsten Schuljahr vermehrt kommen. Deshalb ist dringender Rede- und Regelungsbedarf gegeben.

Weitere Mitteilungen:

Frau Brock teilte mit, dass durch ihre Fraktion im Stadtrat ein Antrag eingebracht wurde, dass ein Eckpunktpapier als Grundlage für eine neue Gebührensatzung erarbeitet wird. Dieser Antrag wurde in den Jugendhilfeausschuss verwiesen und sie geht davon aus, dass dies im Oktober ein Thema sein wird.

Frau Schneutzer teilte mit, dass die Interkulturelle Woche zum 17. Mal stattfinden wird. Die Eröffnung ist am 27.09.2010 und sie lädt dazu jetzt schon die Mitglieder ein. Die Programme werden an alle Mitglieder im JHA versandt. Am 22.09.2010 findet die 2. Netzwerkkonferenz im Händelhaus statt. Die Nacht der Migranten wird am 01.10.2010 sein, hierzu steht um 18.00 Uhr ein Bus vor dem Stadthaus.

zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfragen von Frau Wolff:

1. Wann ist mit dem Nachtragshaushalt zu rechnen?
2. Es gibt eine 30%ige Haushaltssperre und im freiwilligen Bereich Festlegungen, wie wirkt sich das auf unsere Projekte aus.

Hinsichtlich der Presse zur AWO ist Frau Wolff dankbar, dass die Verwaltung sich hierzu geäußert hat und sie erhofft sich eine positive Umsetzung dazu.

Anfrage von Frau Gellert, zu der erfolgten Mitteilung bzgl. der KITA-Finanzierungsrichtlinie fragte sie, ob dieser erwähnte Probelauf mit allen Trägern erfolgt.

Frau Brederlow antwortete, dass dies mit einzelnen Trägern in den Probelauf gehen soll.

Frau Gellert antwortete, dass sie dies im Sinn der Gleichbehandlung nicht für positiv hält. Hierzu sollte mit der IG KITA ein Gespräch laufen.

Bitte von Frau Gellert an die Fraktionen

Auf Grund des Rechtsanspruches auf einen Hortplatz und der angekündigten Gespräche zwischen Kommune und Land weist sie darauf hin, dass die Träger auch einen dringenden Bedarf an Sonderpädagogen haben. Es muss eine Regelung erfolgen, da bisher 1 Erzieher für ca. 25 Kinder verantwortlich ist. Sie bittet hier um Unterstützung durch die Fraktionen beim Land.

Anfrage von Frau Gellert zum Brandschutz in den Kindertagesstätten. Was passiert mit den dringend sanierungsbedürftigen Einrichtungen, wie wird hier verfahren. Die Situation in den KITA's muss dringend geklärt werden, dies geht insbesondere in Richtung Eigenbetrieb KITA.

Die Verwaltung wird alle Anfragen schriftlich beantworten.

Anfrage von Frau Gellert, zu der heute zurück gezogenen Beschlussvorlage zur Jugendhilfeplanung. Wie wird hier weiter verfahren?

Frau Hanna Haupt antwortete, dass die Verwaltung, wie eingangs erwähnt, diese zurück gezogen hat, da dies noch nicht mit allen Fraktionen besprochen worden ist. Diese Vorlage wird auf die Tagesordnung im Oktober gesetzt.

Herr Bognitz fragte zu der im August durch die Verwaltung beantworteten Anfrage von Frau Wolff zur Übersicht von HzE-Trägern an. Diese Übersicht wurde nicht in ambulante und stationäre Bereiche unterteilt. Er bittet um eine Konkretisierung der Übersicht zu diesen Bereichen bei den aufgeführten Trägern.

Frau Brock fragte an, welche Qualitätsmängel es gegeben hat, da es in der Fortschreibung der Jugendhilfeplanung deutliche Veränderungen geben soll. Welche Verbesserungen erhofft sich die Verwaltung damit?

Frau Hanna Haupt antwortete, dass die Verwaltung hierzu in die Fraktionen geht, um dies zu erläutern und die Fraktionen diese Anfragen dann stellen können.

Frau Brock wies darauf hin, dass die Verwaltung bereits in der Fraktion war, sie im Nachgang dessen jetzt diese Anfrage stellt.

Frau Pohl fragte nochmals zum Status des Stadtelternbeirates im Jugendhilfeausschuss an.

Frau Brederlow antwortete, dass dies in der Beantwortung der Verwaltung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit beantwortet wurde, dass der Platz der in der Satzung angegebenen Kinderbeauftragten als Beratendes Mitglied an den Kinder- und Jugendrat und den Stadtelternbeirat gegeben wurde. Dies muss in der Satzung noch geändert werden. Wenn etwas Anderes gewollt ist, muss eine Positionierung erfolgen.

Frau Pohl fragte an, wie es sein kann, dass an sie gerichtete Post an ihre Privatadresse, welche sie von einem Träger erhalten hat, geöffnet war und der Eingangsstempel des Grünflächenamtes vermerkt ist. Der Brief lag ungeöffnet in ihrem Briefkasten.

Hierzu kann **die Verwaltung** keine Aussage treffen, da der Vorgang nicht nachvollziehbar ist.

Weitere Anfragen gab es nicht.

zu 12 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde gegen 18.00 Uhr beendet.

Gez. Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Uta Kaupke

Protokollführerin